

Auch in der New York Times war zu lesen, dass die US-Pläne für Syrien nach dem Eingreifen Russlands wohl nicht mehr umzusetzen sind.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 024/16 – 19.02.16**

Das Eingreifen Russlands in den Krieg in Syrien hat die Optionen der USA stark reduziert

Von David E. Sanger

The New York Times, 10.02.15

(<http://www.nytimes.com/2016/02/11/world/middleeast/russian-intervention-in-syrian-war-has-sharply-reduced-us-options.html>)

MÜNCHEN – Seit Monaten beharren die USA darauf, dass es im syrischen Bürgerkrieg keine militärische Lösung, sondern nur eine politische Übereinkunft zwischen dem Präsidenten Baschar al-Assad und der in Fraktionen aufgespaltenen syrischen Opposition geben könne, die ihn stürzen will.

Nach tagelangen russischen Bombenangriffen könnte es den Truppen Assads gelingen, die wichtige Stadt Aleppo wieder zurückzuerobern; mit russischer Hilfe hätten sie dann die US-Regierung eines Besseren belehrt. Ein höherer US-Offizieller hat am Mittwoch bereits zugestanden, dass doch eine militärische Lösung möglich sein könnte; diese Lösung wäre dann aber nicht von den USA, sondern vom russischen Präsidenten Wladimir Putin herbeigeführt worden.

Mit diesem Problem ist nun auch US-Außenminister John Kerry konfrontiert – in den schwierigen Verhandlungen über eine Waffenruhe und die Einrichtung eines "humanitären Korridors" zur Versorgung der hungernden Bevölkerung in mehr als einem Dutzend syrischer Städte, die überwiegend von Truppen Assads belagert werden. Das militärische Eingreifen Russlands hat das Patt beendet, das jahrelang den Syrien-Konflikt geprägt hat. Plötzlich sind Assad und seine Verbündeten auf dem Vormarsch, und die von den USA unterstützten Rebellen sind auf der Flucht. Wenn jetzt eine Waffenruhe zustande kommt, wird Assad vermutlich mehr syrisches Territorium kontrollieren und mehr Einfluss haben als zu Beginn des Aufstandes im Jahr 2011.

Kerry wird in den Verhandlungen kaum Druck ausüben können: Nach Aussagen mehrerer ehemaliger und aktiver US-Offizieller haben die Russen viele der Verbindungen gekappt, die von der CIA "nicht allzu verdeckt" mit der Bewaffnung syrischer Rebellen aufgebaut wurden. Die Unterstützer Kerrys in der US-Regierung sind frustriert, weil seine Verhandlungsposition wegen der zu geringen militärischen Aktivitäten der USA in Syrien nicht besonders stark ist.

In seinen öffentlichen Äußerungen versucht Kerry sein Dilemma herunterzuspielen. "Wir wissen alle, wie kritisch die derzeitige Lage ist," sagte er am Dienstag.

Seine Kollegen in der US-Regierung befürchten aber, dass die schon seit drei Monaten laufenden Bemühungen um eine politische Lösung scheitern werden. Wenn das geschieht, werden Präsident Obama und Kerry gezwungen sein, die Umsetzung ihres Planes B in Betracht zu ziehen, der den Einsatz von Bodentruppen gegen Assad vorsieht. Das versucht Obama seit fünf Jahren zu vermeiden, weil er dann auch mit Führern oppositioneller syrischer Kräfte zusammenarbeiten müsste, denen er misstraut.

Ohne Verständigung auf eine politische Lösung oder den Einsatz von Bodentruppen werden die USA wenig Einfluss auf den weiteren Verlauf des Krieges in Syrien nehmen und auch nicht mehr alle Kriegsparteien zum gemeinsamen Kampf gegen den Islamischen Staat vereinen können.

Auf einem weiteren Treffen der 17 Staaten, die sich im Herbst letzten Jahres auf Grundsätze für eine politische Lösung verständigt hatten, beklagten sich mehrere Verbündete Washingtons über das zurückhaltende Engagement der USA, weil das Eingreifen Russlands die Situation am Boden grundlegend verändert habe.

Laurent Fabius, der französische Außenminister, nutzte die Ankündigung seiner baldigen Verabschiedung in den Ruhestand, um erneut auf Lücken in dem US-Plan für Syrien hinzuweisen; er hält ihn für "mehrdeutig" und vermisst ebenfalls ein stärkeres US-Engagement. Im Laufe seiner Amtszeit hat er die USA schon wiederholt wegen ihres Zauderns kritisiert und damit nicht nur das US-Außenministerium, sondern auch das Weiße Haus verärgert; beide werfen den Franzosen vor, ihrem öffentliche Gerede keine eigenen Taten folgen zu lassen, um nicht selbst in einen Konflikt mit offenem Ausgang verstrickt zu werden.

Weil die USA die Kurden unterstützen, die von den Türken bekämpft werden, kam es zu einem offenen Bruch mit der Türkei. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan wirft Washington vor, die syrischen Kurden nicht als Terroristen zu behandeln.

"Stehen die USA im Kampf gegen den Islamischen Staat auf unserer Seite oder auf der Seite der Terroristen von der PYD (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Partiya_Yekit_%C3%AEya_Demokrat) und der PKK (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeiterpartei_Kurdistans)?" fragte Erdogan in einer Rede vor Provinz-Beamten in der türkischen Hauptstadt Ankara. Die US-Regierung betrachtet die Kurden nämlich als die einzigen Kämpfer, die sich erfolgreich gegen den Islamischen Staat zur Wehr setzen.

Dann pöbelte Erdogan, der Präsident eines NATO-Staates, die USA direkt an: "He, ihr US-Amerikaner, in der Region fließen jetzt nur deshalb ganze Ströme von Blut, weil ihr die Kurden nie zu Terroristen erklärt habt."

Der Hauptgrund für das strategische Dilemma der USA ist der Erfolg der russischen Militärintervention, die Obama Ende letzten Jahres noch als "übereilte Muskelspielerei" abgetan hat; sie ist überraschend erfolgreich und hat die Rückeroberung wichtiger syrischer Städte ermöglicht, die Assad für den Machterhalt – zumindest in einem syrischen Rumpfstaat – braucht.

James R. Clapper, der Direktor aller US-Geheimdienste, hat letzte Woche vor dem US-Kongress einen erschreckenden Bericht über die russischen Erfolge vorgetragen, die auch dann beachtlich seien, wenn sie nur von kurzer Dauer wären.

"Putin ist der erste Staatschef seit Stalin, dem es gelungen ist, das Territorium Russlands zu vergrößern," erklärte Clapper vor einem Senatsausschuss. Nach seiner Niederlage in Afghanistan vor 35 Jahren habe Russland erstmals wieder seine verbesserten militärischen Fähigkeiten demonstriert und gleichzeitig nachgewiesen, dass der Kreml sie auch zu nutzen wisse.

Er glaubt, Putin werde das russische Engagement wegen der fallenden Ölpreise nicht über einen längeren Zeitraum fortsetzen können, gab aber trotzdem eine düstere Prognose für die Umsetzung der Syrien-Pläne Washingtons ab: "In Syrien haben die das Regime stützenden Kräfte die Initiative ergriffen und strategisch wichtige Geländegewinne bei den im

Norden liegenden Städten Aleppo und Latakia sowie im Süden Syriens gemacht." Assad mangle es zwar an Soldaten, sie kämpften aber unter einer einheitlichen Führung.

"Die Opposition hat eine schlechtere Ausrüstung, geringere Feuerkraft und keine gemeinsame Führung," erklärte Clapper vor den Senatoren. "Einzelne Gruppen verfolgen manchmal unterschiedliche Ziele und bekämpfen sich auch gegenseitig."

Obama war vorsichtig; er wies den Plan seiner damaligen Außenministerin Hillary Clinton und des damaligen CIA-Direktors David H. Petraeus zurück, die Rebellen-Gruppen umfassend zu bewaffnen, (weitere Infos dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP01716_080216.pdf) und hielt sich stattdessen eher zurück. Weil die den Rebellen gewährte verdeckte Unterstützung zu den am schlechtesten gehüteten Geheimnissen Washingtons gehört, ist der Eindruck entstanden, die militärische Intervention Putins sei erfolgreicher.

Aus Untersuchungen des Institute for the Study of War (s. <http://www.understanding-war.org/>) zum Kriegsverlauf in Syrien geht hervor, dass Assad mit Unterstützung der Russen und der Iraner genügend wichtige Städte zurückgewinnen konnte, um am der Macht zu bleiben.

Aktive und ehemalige Mitarbeiter der US-Regierung sehen Parallelen zur Strategie Putins in der Ukraine: Während sein Außenminister Sergei W. Lawrow über eine Waffenruhe und eine politische Lösung verhandelt, schaffen die russischen Streitkräfte auf dem Schlachtfeld Fakten.

Die russischen Erfolge haben Obamas Optionen eingeschränkt. Die beabsichtigte Einrichtung einer "Flugverbotszone" ist nicht mehr möglich, seit russische Kampffjets über Syrien kreisen.

Offiziell fordern die USA immer noch, Assad müsse zurücktreten, Kerry und seine Mitarbeiter sagen aber nicht, wann das geschehen und ob er an der Einsetzung einer neuen Regierung beteiligt werden soll. Auch die Suche nach einem sicheren Exil für Assad scheinen sie aufgegeben zu haben.

Derzeit ist nicht mehr zu erkennen, was die US-Regierung in Syrien eigentlich erreichen will. In einem vor drei Monaten in Wien vereinbarten Dokument wurde festgehalten, dass Syrien ein ungeteilter, einheitlicher Staat bleiben solle. Das wird aber immer unwahrscheinlicher. Inzwischen wird – wenn auch nicht offiziell – über die Aufspaltung Syriens in drei Teilstaaten für Alawiten, Sunniten und Kurden diskutiert.

Kerry verhandelt nur noch über drängende Fragen – über eine Waffenruhe und humanitäre Zugänge (zu belagerten Städten). Damit kann er "Abu Youssef", der nach den wieder aufgeflammt Kämpfen auf seinem Gehöft bei Aleppo Dutzende von (aus der Stadt geflohenen) Syrern beherbergt, nicht beeindrucken. Der hat uns gebeten, seinen richtigen Namen aus Sicherheitsgründen zu verschweigen.

"Erst wenn Aleppo ganz zerstört und gefallen ist und die Russen gesiegt haben, werden sie über eine Waffenruhe verhandeln," sagte er in einem Online-Chat.

Anne Barnard aus Gaziantep in der Türkei, Hwaida Saad aus Beirut im Libanon und Somini Sengupta bei den Vereinten Nationen haben zu diesem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

Russian Intervention in Syrian War Has Sharply Reduced U.S. Options

By DAVID E. SANGER

FEB. 10, 2016

MUNICH — For months now the United States has insisted there can be no military solution to the Syrian civil war, only a political accord between President Bashar al-Assad and the fractured, divided opposition groups that have been trying to topple him.

But after days of intense bombing that could soon put the critical city of Aleppo back into the hands of Mr. Assad's forces, the Russians may be proving the United States wrong. There may be a military solution, one senior American official conceded Wednesday, "just not our solution," but that of President Vladimir V. Putin of Russia.

That is what Secretary of State John Kerry faces as he enters a critical negotiation over a cease-fire and the creation of a "humanitarian corridor" to relieve starving Syrians besieged in more than a dozen cities, most by Mr. Assad's forces. The Russian military action has changed the shape of a conflict that had effectively been stalemated for years. Suddenly, Mr. Assad and his allies have momentum, and the United States-backed rebels are on the run. If a cease-fire is negotiated here, it will probably come at a moment when Mr. Assad holds more territory, and more sway, than since the outbreak of the uprisings in 2011.

Mr. Kerry enters the negotiations with very little leverage: The Russians have cut off many of the pathways the C.I.A. has been using for a not-very-secret effort to arm rebel groups, according to several current and former officials. Mr. Kerry's supporters inside the administration say he has been increasingly frustrated by the low level of American military activity, which he views as essential to bolstering his negotiation effort.

Publicly, Mr. Kerry is circumspect about his dilemma. "We are all very, very aware of how critical this moment is," he said on Tuesday.

His colleagues in the administration, however, fear that a three-month-long effort to begin the political process is near collapse. If it fails, it will force Mr. Kerry and President Obama, once again, to consider their Plan B: a far larger military effort, directed at Mr. Assad. But that is exactly the kind of conflict that Mr. Obama has spent five years trying to avoid, especially when any ground campaign would rely on forces led by a fractious group of opposition leaders that he distrusts.

Without a political solution or a stepped-up military effort, the United States is not only left with little influence over the course of the Syrian civil war, but without a viable strategy to bring all of the warring parties together to fight the Islamic State.

As Mr. Kerry arrived here for another meeting of the 17 nations that agreed last fall on principles for a political solution, several of Washington's own allies complained bitterly about American policy, saying the United States is absent while the Russians change the nature of the situation on the ground.

Laurent Fabius, the French foreign minister, used the announcement of his imminent retirement to poke holes, once again, in the American plan for Syria, which he called "ambi-

guous” and absent a “very strong commitment.” Throughout his tenure he has been critical of the United States for not being more aggressive, often to the exasperation of State Department and White House officials, who charged that the French grandstand in public but have been cautious to get into a fight that has no clear outcome.

An open breach erupted with the Turks, who charge that the United States is empowering the Kurds, with whom Turkey believes it is in an existential struggle. President Recep Tayyip Erdogan, the country’s president, denounced Washington for failing to declare a Syrian Kurdish rebel group a terrorist organization.

“Are you on our side or the side of the terrorist P.Y.D. and P.K.K. organizations?” Mr. Erdogan said in an address to provincial officials in the Turkish capital, Ankara, referring to American support for members of the Syrian Kurdish Democratic Union Party, or P.Y.D., in their fight against the Islamic State in Syria, and to the Kurdistan Workers’ Party, or P.K.K. The United States considers the Kurds the only truly effective fighters against the Islamic State.

Then Mr. Erdogan — president of a NATO member nation — turned to taunts. “Hey, America,” he said. “Because you never recognized them as a terrorist group, the region has turned into a sea of blood.”

At the core of the American strategic dilemma is that the Russian military adventure, which Mr. Obama dismissed last year as ill-thought-out muscle flexing, has been surprising effective in helping Mr. Assad reclaim the central cities he needs to hold power, at least in a rump-state version of Syria.

Testifying on Capitol Hill on Tuesday, the director of national intelligence, James R. Clapper, offered a sobering picture of Russia’s success, even if it proves a temporary one.

“Putin is the first leader since Stalin to expand Russia’s territory,” he told a Senate committee. In Russia’s first major overseas military effort since its humiliation in Afghanistan 35 years ago, he said, “Its interventions demonstrate the improvements in Russian military capabilities and the Kremlin’s confidence in using them.”

While he predicted Mr. Putin would be challenged to afford the commitment over the long term, especially at a moment of falling oil prices, he offered a bleak assessment for Washington. “In Syria,” he said, “pro-regime forces have the initiative, having made some strategic gains near Aleppo and Latakia in the north, as well as in southern Syria.” While Mr. Assad has “manpower shortages,” he said, at least his forces were unified.

“The opposition has less equipment and firepower and its groups lack unity,” he told the senators. “They sometimes have competing battlefield interests and fight among themselves.”

Mr. Obama has been cautious, rejecting a plan, for example, from then-Secretary of State Hillary Clinton and the C.I.A. director at the time, David H. Petraeus, to start a large-scale arming of the rebel groups. Instead, the effort has been far more modest, and because even that has been ostensibly secret — though among the worst-kept secrets in Washington — it creates an impression that all the military momentum is on Mr. Putin’s side.

Battle maps from the Institute for the Study of War show, in fact, that it is: The Russians, with Iranian help on the ground, appear to be handing Mr. Assad enough key cities that his government can hang on.

Current and former administration officials say they see a parallel to Mr. Putin's strategy in Ukraine: He keeps his foreign minister, Sergey V. Lavrov, negotiating cease-fires and slow-progressing political accords, while making inroads on the battlefield.

Those inroads have limited Mr. Obama's options. For example the much discussed "no-fly zone" would now be far harder to enforce, since Russian jets are flying in that airspace.

While the official position of the United States remains that Mr. Assad must leave office, Mr. Kerry and his aides will not say when he must leave, or whether he could participate in the process of selecting a new government. Their talk about finding a quiet exile for the Syrian leader has largely ceased.

As a result, it is hard to discern now what kind of end for Syria is now envisioned by the administration. The political document adopted in Vienna three months ago calls for a single, unified state. That seems increasingly unlikely. A fractured nation — part Alawite, part Sunni, part Kurd — is often discussed, but never officially.

Mr. Kerry is turning to the more immediate questions of cease-fire and humanitarian access. That did not impress Abu Youssef, whose farm in Aleppo Province has been hosting dozens of Syrians displaced by the recent fighting nearby. He asked to be identified only by a nickname for his safety.

"Yes, they will have a cease-fire, but after Aleppo it is finished," he said in an online chat. "They will close off all of Aleppo, destroy the whole area, and then the Russians will negotiate a cease-fire," he added. "After winning victory they will negotiate."

Anne Barnard contributed reporting from Gaziantep, Turkey, Hwaida Saad from Beirut, Lebanon, and Somini Sengupta from the United Nations.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern